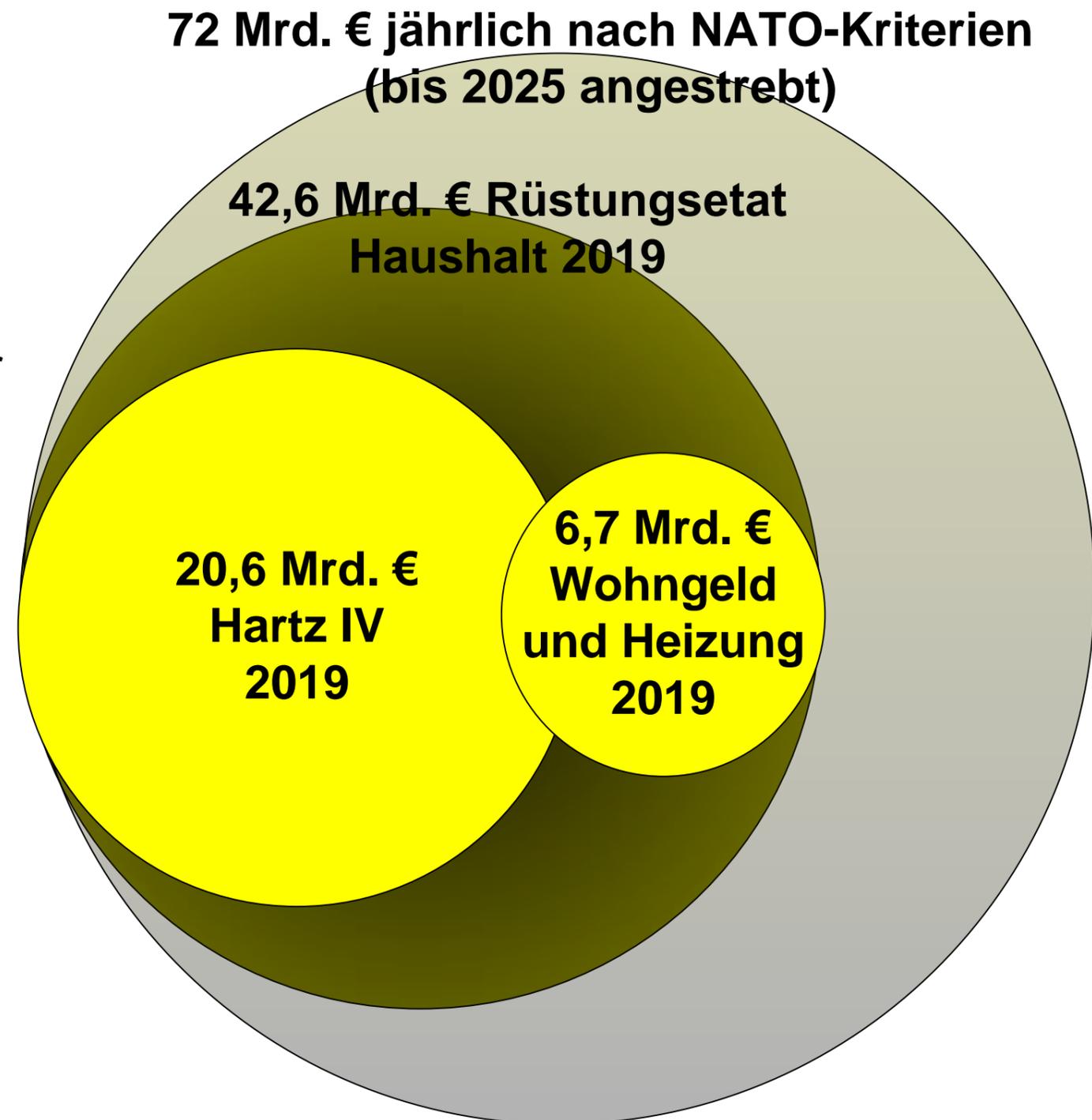


Sind wir ein Sozial- oder ein Rüstungsstaat?

Millionen Menschen in Deutschland leben in sozialer Unsicherheit und existenziellen Ängsten als Empfänger von Hartz IV.

Das wäre nicht der Fall bei einer Verdoppelung dieser Zuwendungen. Die jährlichen Erhöhungen von Hartz IV bleiben aber unter 2%. Welche Sicherheit bietet die Bundeswehr?



Quelle:
www.bundeshaushalt-info.de

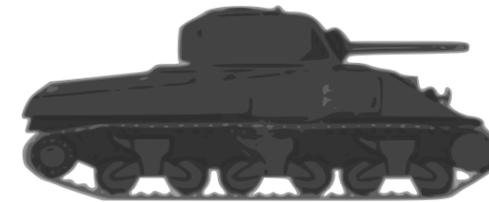
2014 beschlossen: Agenda Rüstung

Als Bedarf für die bis 2030 geplanten Rüstungsprojekte sind mindestens 130 Mrd. Euro vorgesehen.

Quelle: www.bmvg.de

Zum Beispiel sind geplant:

3,6 Mrd. Euro für Kriegsschiffe K 130 und zusätzliche Leopard-Kampfpanzer



Eine Alternative wäre zum Beispiel:
Erhöhung der Zuschüsse für den sozialen Wohnungsbau für zusätzliche 250.000 Sozialwohnungen im Jahr

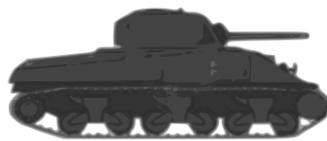


Milliardenschwere Rüstungsprojekte werden meistens ohne Öffentlichkeit im Verteidigungsausschuss des Bundestages durchgewunken. Öffentliche Debatten gibt es aber hierzulande darüber, wie man Geld gegen die dramatisch anwachsende Wohnungsnot bereitstellen kann.



Deutschland am Hindukusch verteidigen?

In Afghanistan blühen nach mehr als 15 Jahren Bundeswehrpräsenz nur die Mohnfelder. Ansonsten gibt es Millionen Binnenflüchtlinge und Fluchtbewegungen nach Europa. Mit einem Bruchteil der Gelder für Bundeswehr-Auslandseinsätze wäre Afghanistan heute ein Land mit Wohlstand für alle.



**Die Auslandseinsätze der Bundeswehr
haben laut BMVg seit 1992
knapp 21 Milliarden Euro gekostet.**

Notwendig wären z.B. in Deutschland:

Sanierung von Schulgebäuden:

Bedarf mindestens 50 Mrd. Euro

Elektrifizierung des Bahn-Schienennetzes:

Bedarf mindesten 20 Mrd. Euro



Weltweite Ausgaben - wofür und warum?



2016: **1,7 Billionen US \$**

für Rüstungsausgaben

Anteil NATO-Staaten: 921 Mrd. US \$

2016: **242 Mrd. US \$**

für erneuerbare Energien



Deutschland 2016:

37 Mrd. € (41 Mrd. US \$)

für Rüstungshaushalt,

16 Mrd. € (16 Mrd. US \$)

für erneuerbare Energien

Quellen: SIPRI-Jahrbuch, Agentur für erneuerbare Energien



Rüstungsausgaben: für Tod, Zerstörung und existenzielle Unsicherheit, zum weltweiten Zugriff auf *fossile Energieträger*.

Erneuerbare Energien: für eine saubere und lebenswerte Umwelt, Klimaschutz und zur Vermeidung von Kriegen um *fossile Energieträger*.

Militärische Infrastruktur oder ÖPNV-Nulltarif?

30 Mrd. Euro p.a. mehr für die Rüstung gemäß NATO-Vorgaben

u.a. um die militärische Infrastruktur für schnelle Truppenverlegungen nach Osteuropa zu schaffen (Aktionsplan zur Verbesserung der militärischen Mobilität)



Alternativ: 15 Mrd. Euro p.a. für sozial-ökologische Verkehrswende

Was der Nulltarif im ÖPNV kosten würde:

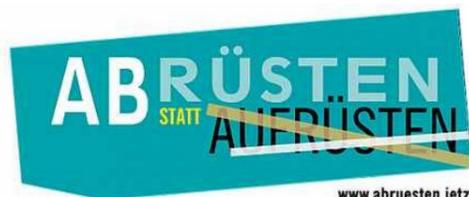
13 Mrd. Euro durch Wegfall der jährlichen Einnahmen bei öffentlichen Verkehrsunternehmen durch ÖPNV-Nutzer

2 Mrd. Euro durch zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur des ÖPNV für ein erhöhtes Fahrgastaufkommen



Was der Nulltarif im ÖPNV bringen würde:

- weniger Tote durch Luftverschmutzung
- weniger Lärmbelastung und Gesundheitsschäden durch Straßenverkehr
- finanzielle Entlastung unterer Einkommensgruppen
- mehr öffentlich nutzbare Flächen in Innenstädten statt Pkw-Parkflächen



www.abruesten.jetzt

Foto: Screenshot von Video Militärtransport am Hbf Erfurt,
Quellen: ÖPNV-Kosten gemäß VDV, vorzeitige Todesfälle durch
Luftverschmutzung EU-weit: 400.000 p.a. nach EU-Kommission



Mehr Geld für Kriegs- oder Gesundheitsdienste?

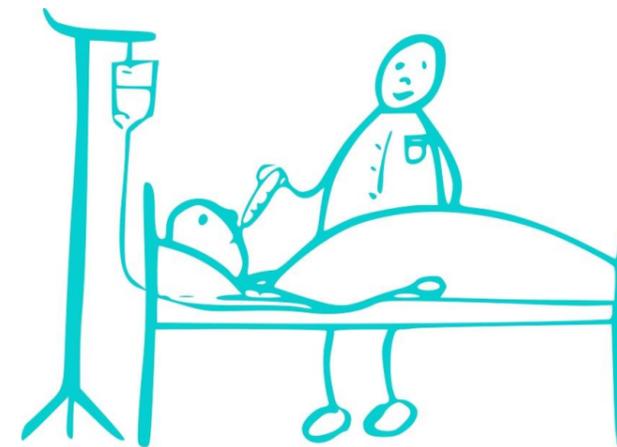
Vorgesehen sind: 30 Mrd. Euro p.a. zusätzlich für die Aufrüstung gemäß NATO-Vorgaben (2% von BIP)

u.a. um für „weltweite Verantwortung“ verstärkt Auslandseinsätze vornehmen zu können.



Nicht vorgesehen sind: 5 Mrd. Euro p.a. zusätzlich für bedarfsgerechte Pflege und angemessene Bezahlung

In Krankenhäusern, Pflegeheimen und ambulant sind 1.1 Millionen Menschen beschäftigt, zumeist schlecht bezahlt und völlig überlastet. Aktuell fehlen mindestens 100.000 Pflegekräfte. In einigen Jahren könnten sogar mindestens 200.000 zusätzlich gebraucht werden.



Quellen:

730.000 Beschäftigte in Krankenhauspflege, 355.000 Beschäftigte in ambulanter Pflege (inkl. Hohen Teilzeit-Beschäftigtenanteil). ver.di fordert 70.000 zusätzliche Pflegestellen in Krankenhäusern. Deutscher Pflegerat: mind. 50.000 Stellen in Krankenhäusern und 50.000 in Langzeitpflege als Sofortprogramm. Expertenrechnung: Bedarf von 100.000 in Krankenhäusern. Eine examinierte Vollzeit-Pflegekraft kostet 50.000 Euro Arbeitgeberbrutto.